

KOMMENTARE

Die Krise der SPD

Auf dem Holzweg

Von GERALD GOETSCH

Die SPD marschiert direkt auf die Linkspartei zu – jedenfalls, was die Umfragewerte angeht. Kurt Beck, derzeit glückloser Vorsitzender einer ehemaligen Volkspartei, muss sich gestern sogar verhöhnen lassen. Die SPD sei für die Linke derzeit nicht regierungsfähig, meint Oskar Lafontaine.

Nein, es ist keine schöne Zeit für Sozialdemokraten. Nicht nur in dieser Woche. Der Wurm steckt seit Jahren drin. Zu sehr haert die Seele der einstigen Arbeiterpartei mit den Beschlüssen der Ära Schröder. Hartz IV lastet wie ein Mühlstein auf den Genossen. Dass die Reformen der Agenda 2010 den Ursprung allen Übels darstellen – auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner einigt man sich an der SPD-Basis. Das ist wahr. Und blendet doch einen entscheidenden Teil der Wahrheit aus.

Gerhard Schröder kokettierte gern als Genosse der Bosse. Die Hartz-Reformen aber hat er gewiss nicht aus Leidenschaft vorangetrieben. Der Ex-Kanzler reagierte – wenn auch zu spät – auf die katastrophale Lage am Arbeitsmarkt. Schröder hoffte, die Partei würde die Zumutungen wegstecken. Weil er an den Erfolg der Reformen glaubte.

Es ist die Tragik der SPD, dass sich Angela Merkel nun die positiven Effekte am Arbeitsmarkt auf ihre Fahnen schreiben kann. Weil Kurt Beck bereits umgefallen war. Der elfte Vorsitzende der SPD nach dem Krieg steht wieder für Wahlgeschenke. Er konkurriert mit den Linken um soziale Wohltaten, die nicht zu finanzieren sind. Die SPD ist auf einer Zeitreise zurück in die fetten 70er Jahre. Es ist ein Holzweg.

Nachricht Seite 1/Bericht auf dieser Seite

Debatte über Steinkohlekraftwerk

Lehrstunde

Von THOMAS SCHWANDT

Am Ende gab es keinen Sieger, gewonnen aber haben alle. Die sechs Podiumsteilnehmer und die rund 600 Zuhörer, die sich am vergangenen Dienstagabend im Greifswalder Dom St. Nikolai auf Einladung der OST-SEE-ZEITUNG eingefunden hatten. Um über eines der aktuell umstrittensten Investitionsprojekte in MV zu diskutieren – das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin. Ein Zwei-Milliarden-Vorhaben, das mindestens 140 neue Industriearbeitsplätze bringen soll. In einer Region, die geprägt ist von Tourismus, Gesundheit und schöner Natur.

Seit Monaten spaltet die Debatte um Sinn und Unsinn des Kohlekraftwerkes in Lubmin die öffentliche Meinung im Land. In Fernduellen oder im Zirkel Gleichgesinnter wurden bislang Argumente ausgelotet oder ausgetauscht. Nicht selten in emotional aufgeheizter Atmosphäre. Die OZ bot nun das Podium, auf dem sich Befürworter und Gegner gegenüber saßen und um die überzeugendsten Fakten und Erkenntnisse stritten. Die mehr als zweieinhalb Stunden offene Debatte im Greifswalder Dom geriet zu einer Lehrstunde in der Kultur des Meinungsstreits. Emotionen nicht ausgeschlossen. Es dominierte der sachliche und faire Umgang, der Respekt vor der Meinung des anderen.

Besonders bemerkenswert: Das beherzte Auftreten der mündigen Bürger. Sie erwiesen sich in der Mehrheit als sehr sachkundige Streiter. Bürgerengagement im besten Sinn. Bitte mehr davon im sonstigen Alltag. Bericht auf Seite 5

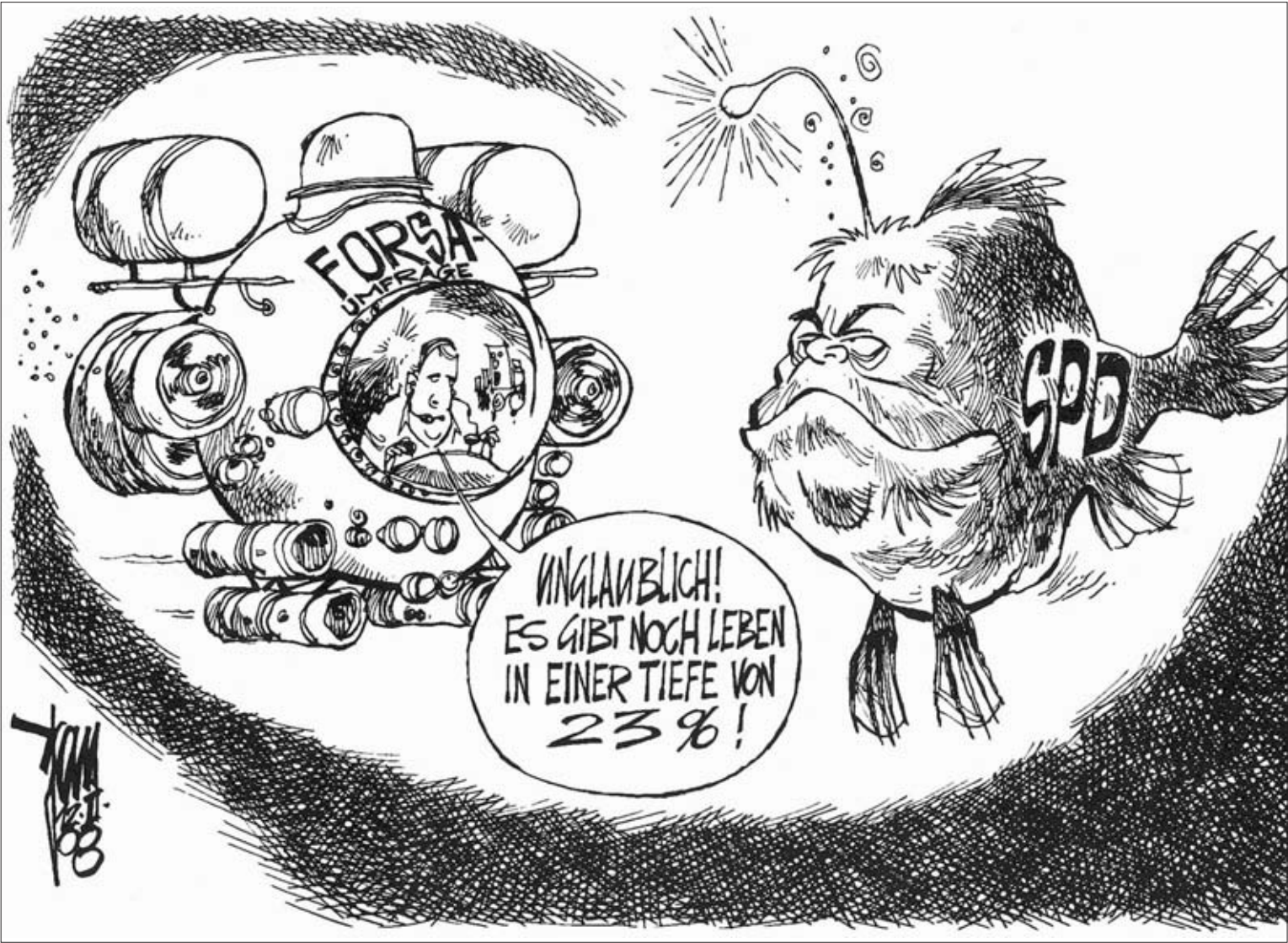
„Wir sind wetterfest und beherrschen die Ausweichmanöver.“

Lufthansa-Chef Wolfgang Mayrhuber zog gestern Bilanz

OSTSEE-ZEITUNG

Verlag und Druck:
Ostsee-Zeitung GmbH & Co. KG
Richard-Wagner-Straße 1a, 18055 Rostock
oder Postfachnummer: 10 11 81, 18002 Rostock
Telefon Rostock (0 381) 365-0
Fax: Redaktion: (0 381) 365 373; Anzeigen: -363; Vertrieb: -265; Geschäftsführung: -302
Internet: www.ostsee-zeitung.de
e-mail: redaktion@ostsee-zeitung.de; vertrieb@ostsee-zeitung.de; anzeigen@ostsee-zeitung.de; kundenservice@ostsee-zeitung.de; marketing@ostsee-zeitung.de
Geschäftsführer: Thomas Ehlers, Rainer Strunk
Chefredakteur: Manfred von Thien
Stellvertreter des Chefredakteurs: Jan Emendörfer
Stellvertretende Chefredakteure: Thoralf Cleven, Gerald Goetsch; Chefs vom Dienst: Jens Burmeister, Thomas Pult, Verantwortlich für Politik/Nachrichten: Jan Emendörfer; Mecklenburg-Vorpommern/Wirtschaft: Thoralf Cleven, Thomas Schwandt; Kultur/Medien/Journal: Anette Prober; Jugend/Service/Leserbriefe: Thomas Luczak; Sport: Christian Lüsich; Gestaltung: Joachim Quade
Korrespondenten: Berlin: Reinhard Zweigler 030 / 726 261 508; Schwerin: Dr. Jörg Köpke 0 385 / 598 894
Anzeigen: Michael Schottmann, Vertrieb: Rainer Bremer, Technik: Uwe Gericke; Marketing: Birgit Heinecke
Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos keine Haftung. Leserbriefe geben lediglich die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen sind vorbehalten. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche. Abbestellungen bis zum 1. des Monats zum Folgemonat schriftlich an das Verlagshaus der Lokalzeitung.
Monatlicher Abo-Preis: 18,35 €, (inkl. Zustellgebühr und MwSt., bei Postversand zzgl. 5,10 €).
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2008.

Sozialdemokraten stürzen in Umfrage auf 23 Prozent



Tauchboot „Forsa“ entdeckt den „Morbus Beckus“! Scheinbar orientierungslos!

Zeichnung: Jürgen Janson

Nach Linksschwenk der SPD sind die Wähler verstimmt

Steckt die Partei nach den jüngsten Querelen in einer tiefen Krise oder nur im aktuellen Stimmungstief?

Berlin (AP) Die Sozialdemokraten sind durch die Debatte über den Umgang mit der Linken in ein historisches Tief gefallen. Die „Operation am offenen Herzen“, wie der Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, den Beschluss bezeichnete, die Ländergremien über eine Kooperation mit der Linken entscheiden zu lassen, bescherte bei einer gestern veröffentlichten For-

sa-Umfrage für den „Stern“ den Wert von 23 Prozent – den geringsten Wert, den Forsa je für sie gemessen hat.

Auch Parteichef Kurt Beck kam bei der Frage, wen die Wähler zum Kanzler wählen würden, mit nur noch 13 Prozent auf den niedrigsten Wert seiner Amtszeit. Die Tageswerte für die SPD spiegeln die Sturzfahrt bei der Wählerzustimmung wider: Anfang letzter Woche lag die Partei noch bei 24 Prozent – am Freitag, nach dem Scheitern der erstrebten rot-rot-grünen Kooperation in Hessen, stürzte sie auf 20 Prozent ab. Die Zustimmung für einen Kanzlerkandidaten Beck sank im Vergleich zur Vorwoche nochmals um einen Punkt auf 13 Prozent. Das ist ebenfalls der niedrigste Wert, den Beck seit seiner Wahl zum Parteichef im Mai 2006 bei Forsa hatte.

Der Chef des Meinungsforschungsinstituts dimap, Reinhard Schlinkert, sah in den Werten sei-

ner Forsa-Kollegen keinen Grund zur Panik für die SPD. „Man sollte das etwas gelassener sehen“, sagte er. Bei dimap lag die SPD Anfang März bei 28 Prozent, im Juli 2004 habe sie dagegen nur 23 Prozent erreicht. „Es ist alles im Fluss“, betonte der dimap-Chef. Schließlich erreiche die CDU mit 39 Prozent „auch keine sensationellen Werte“. Entscheidend werde sein, wie sich die SPD zur Linken positionieren werde.

Oppermann hofft, dass mit dem Beschluss ein großer Schritt zur „Entdramatisierung“ der Angelegenheit getan worden sei. Für Forsa-Chef Manfred Güllner steht eines fest: „Die SPD ist in einer tiefen Krise – das kann man nicht wegdreden, auch wenn Kurt Beck das versucht.“

Parteienforscher Peter Lösche sieht die Unglaubwürdigkeit der SPD bei der Hessen-Wahl als Hauptproblem: „Sie hat vor der Wahl ein Versprechen abgege-

ben, und dann nach der Wahl in Hessen das Gegenteil gemacht.“ Der Wähler erinnere sich, dass sich die SPD etwa bei der Mehrwertsteuerrhöhung nach der Bundestagswahl 2005 ähnlich verhalten habe. Dieser Vertrauensverlust sei entscheidender für die schlechten Umfragewerte als ein Linksruck, von dem die SPD eigentlich profitieren müsste, da wegen der gesellschaftlichen Entwicklungen momentan „eher linkspolitische Positionen angesagt“ seien.

Dass Beck das Hessen-Debakel mehr schaden wird als seiner Partei, glaubt Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim. Die SPD biete „ein wahnsinnig schlechtes Bild“ mit ständigem Hin und Her, gegenseitigen Schuldzuweisungen und „Mobbing“ einer Abgeordneten, „die nichts anderes gemacht hat, als aufrecht die Linie der Partei vor der Wahl auch nach der Wahl zu vertreten“.

Selling: „Das ist nur eine Momentaufnahme“

Rostock (OZ/gkw) Das historische Umfragetief der SPD entspreche nicht der Situation in MV, meint der Landesvorsitzende Erwin Selling im OZ-Interview.

OZ: Eine neue Umfrage bescheinigt der SPD die geringste Zustimmung, die es je gab. Was bedeutet das für Ihren Landesverband?

Selling: Ich sehe nicht, dass das Auswirkungen auf das Land hat. Es zeigt lediglich eine Momentaufnahme im Bund. Und es ist eine Rückmeldung dafür, dass das, was in Hessen passiert ist, of-

fenbar nicht positiv gesehen wird. OZ: Was will die SPD tun, um aus dem Tief zu kommen?

Selling: Wir müssen offen diskutieren, dass die Situation für eine Regierungsbildung in Hessen aufgrund des Wahlergebnisses extrem schwierig ist. Und wir dürfen uns nicht vorschreiben lassen, mit wem wir koalieren dürfen. Wenn Fehler passiert sind, muss man das auch offen sagen, so wie Kurt Beck das getan hat.

OZ: Ist Kurt Beck noch der richtige Kanzlerkandidat?

Selling: Ja, und daran hat sich nichts geändert. Wie er sich zur Zusammenarbeit mit der Linken geäußert hat, war in der Sache richtig. Wir brauchen jetzt einfach wieder mehr Geschlossenheit und gegenseitige Unterstützung, vor allem auch von den Stellvertretern. Zum Beispiel wünsche ich mir von Peer Steinbrück mehr Solidarität und positive Unterstützung unserer klaren Beschlüsse.

OZ: Wie kann die SPD Stimmen von der Linken zurückholen?

Selling: Die SPD muss soziale

Gerechtigkeit wieder mehr in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Das hat Kurt Beck auf dem Hamburger Parteitag getan, in dem er die SPD neu ausgerichtet hat als eine Partei der linken Mitte. Im Übrigen führt eine Zusammenarbeit mit der Linken ja nicht dazu, dass sie stärker wird. Wir in MV haben die gegenteilige Erfahrung gemacht. Manche sprechen sogar von Entzauberung. Jedenfalls hat die Linke in Mecklenburg-Vorpommern die geringste Zustimmung von ganz Ostdeutschland.

Liechtenstein will BND-Informanten +++ Bund kippt teilweise Schornsteinfeger-Privileg +++

KSK-Ermittlungen eingestellt: Im Fall des früheren Guantanamo-Häftlings Murat Kurnaz hat die Staatsanwaltschaft Tübingen die Ermittlungen gegen zwei Bundeswehrsoldaten erneut eingestellt. Zwei Mitgliedern der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK) war vorgeworfen worden, Kurnaz in Afghanistan in einem Lager der US-Streitkräfte Anfang 2002 misshandelt zu haben. Sein Anwalt will erneut eine Fortsetzung der Ermittlungen erwirken. Die KSK-Soldaten hatten die Vorwürfe stets zurückgewiesen. KSK-Mitglieder hatten damals im US-Lager Kandahar Wachdienst geleistet. Moskau gegen Kosovo-Mission: Russland widersetzt sich weiter der geplanten EU-Mission im Ko-

sovo. Der russische UN-Botschafter Witali Tschurkin sagte nach einer Sitzung des Weltsechheitsrats in New York, der Einsatz bedürfe der Zustimmung des höchsten UN-Gremiums. „Wir akzeptieren die Rechtmäßigkeit der europäischen Mission nicht“, erklärte er. Comeback von Müntefering? Der frühere Bundesarbeitsminister und Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) schließt ein politisches Comeback nicht aus. Er sei zwar „im Moment in Deckung“, sagte Müntefering am Mittwochabend bei der Entgegennahme eines Preises als bester politischer Redner in Berlin. Er wolle aber „irgendwie“ dazu beitragen, dass die SPD die Bundestagswahl 2009 gewinne.

Fahndung in Steuerraffäre: Liechtenstein ruft öffentlich zur Fahndung nach dem Auslöser der Steuerraffäre mit Deutschland auf. Die Landespolizei stellte einen Fahndungsauftrag nach dem 42-jährigen Liechtensteiner Heinrich Kieber samt Foto und Personalien ins Internet und ließ einen internationalen Haftbefehl gegen ihn. Der Mann werde dringend verdächtigt, zum Nachteil einer Liechtensteiner Treuhandfirma



Gesucht: Heinrich Kieber

Kundendaten ausgekundschaftet und ausländischen Behörden preisgegeben zu haben, hieß es. Laut Medien sei der Gesuchte vom Deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) mit einer neuen Identität und neuen Papieren ausgestattet worden. Islam-Unterricht empfohlen: Die Islamkonferenz will die Einführung islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Unterrichtsfach in deutscher Sprache an öffentlichen Schulen empfehlen. Vor der dritten Sitzung des Gremiums einigten sich die Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen sowie der 3,3 Millionen in Deutschland lebenden Muslime im Grundsatz auf das Vorhaben. Im Gegensatz zu den christlichen Kirchen gilt der Islam bisher

Presse-Echo

„Die Zeit“, Hamburg

Um die SPD müsste man sich nicht sorgen, nicht einmal, wenn sie sich zur Linken hin öffnet, wäre die Partei damit beschäftigt, an etwas zu arbeiten, was sie in der Zukunft wieder stolz machen könnte... Das wäre vielleicht die Gerechtigkeit in der Globalisierung, eine kluge Kombination aus mehr sozialer Politik und zugleich mehr Wirtschaftsreformen.

„Wetzlarer Neue Zeitung“

Die SPD in Hessen wie in den anderen westlichen Bundesländern wird als Volkspartei nur überleben, wenn sie das Etikett „Sozial, aber wirtschaftlich vernünftig“ trägt. Und wenn dieses Aushängeschild nicht vom Gieren nach der Macht verdeckt wird.

„Die Tagespost“, Würzburg

Wer bislang geglaubt hatte, es sei ein Wortbruch, wenn jemand das Gegenteil von dem tut, was er zuvor angekündigt hat, der irrt. Seit Wochenbeginn wissen wir: Wer anders handelt, als er redet, reagiert lediglich auf veränderte Bedingungen. Der SPD-Vorsitzende hat diese Neudefinition der Verlässlichkeit geliefert und damit nicht gerade dazu beigetragen, dass seine in der Öffentlichkeit angezeifelte Glaubwürdigkeit gestärkt wird.

„Leipziger Volkszeitung“

Eine Partei mit ihrem Vorsitzenden Kurt Beck im freien Fall: Nach dem lähmenden Hick-Hack um eine Tolerierung durch die Linken in Hessen haben Forsa-Meinungsforscher ein deutliches Urteil gesprochen. In diesem desolaten Zustand sind die Sozialdemokraten mit einem wankelmütigen Chef kein ernstzunehmender politischer Gegner mehr für die Union und die Kanzlerin.

„Südkurier“, Konstanz

Allmählich nähert sich die einstige Volkspartei dem Projekt 18. Beck erhält die Quittung für das heillose Durcheinander, das er nach der Hessen-Wahl mit seinem Kurs ihm jetzt die Demoskopie wechsel in Sachen Linkspartei anrichtet.

Lafontaine: SPD für Linke nicht regierungsfähig

Berlin (dpa) Der Partei- und Fraktionsvorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, hat die SPD für seine Partei als derzeit nicht regierungsfähig bezeichnet. „Es stellt sich nicht die Frage, ob die SPD mit uns kann, sondern ob wir mit ihr können“, sagte der frühere SPD-Chef gestern in Berlin. Als Bedingung für eine Zusammenarbeit auf Bundesebene nannte er erneut Änderungen bei den Themen Hartz IV, Rente mit 67, Mindestlohn und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Eines der Hauptziele der Linken sei eine sozial gerechtere Politik. Zu Debatten über Koalitionen, in der alle Parteien außer der Linken genannt würden, sagte Lafontaine: „Die Farbenlehre juckt mich nicht.“ Er sei gespannt, wie SPD-Chef Kurt Beck in einer rot-gelb-grünen Regierung seine Vorstellung von einem Mindestlohn gegen den FDP-Vorsitzenden Westerwelle durchsetzen wolle.